

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 09.02.2012
im Kreishaus Borken,
Großer Sitzungssaal (Raum 2180)

Anwesend:

Vorsitz:

Barbara Büscher 48703 Stadtlohn

Mitglieder:

Dr. Mariele Averkamp	48734 Reken	
Arno Berning	46348 Raesfeld	
Hermann Gebbing	46419 Isselburg	Vertretung für Herrn Reimar Ohström (bis 19.05 Uhr)
Otger Harks	48703 Stadtlohn	
Günter Kendzierski	48599 Gronau	
Herbert Krause	48599 Gronau	
Anne König	46325 Borken	Vertretung für Frau Bernadette Aehling
Elisabeth Lindenbahn	46348 Raesfeld	Vertretung für Herrn Martin Huesmann
Stephanie Pohl	48712 Gescher	
Dr. Heinrich Render	48683 Ahaus	Vertretung für Frau Silke Som- mers
Uta Röhrmann	46399 Bocholt	
Peter Schemitzek	48599 Gronau	
Ursula Schulte	48691 Vreden	
Marita Wagner	48599 Gronau	
Christel Wegmann	46414 Rhede	Vertretung für Herrn Ralf Ber- tram
Andreas Wethmar	48691 Vreden	Vertretung für Herrn Josef Lei- nen

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Ansgar Hörster
Reinhard Groschke
Annette Scherwinski
Susanne Lökes
Michael Weitzell
Jürgen Bietenbeck

Gäste:

Uwe Fleischhauer 48739 Legden
Johannes Maus 46342 Velen

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzende Büscher eröffnet um 17:10 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Vor dem Einstieg in die Tagesordnung führt sie Herrn Otger Harks, der als sachkundiger Bürger dem Ausschuss angehört, ein und verpflichtet ihn durch Vorlesen der Verpflichtungsformel und durch Handschlag zur gesetzesmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben.

Alsdann stellt sie fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Sie weist auf die als Tischvorlage ausgelegte *Änderungsliste zum Haushaltsentwurf 2012* sowie den gemeinsamen Antrag aller Fraktionen 04-02 hin.

- Punkt 1: Vorberatung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2012**
- **Vorbericht zum Haushalt 2012**
 - **Budget 01 "Soziales"**
 - **Absoluter und relativer Anteil der Erträge/Aufwendungen des Budgets 01 an den Erträgen/Aufwendungen des Kreishaushaltes 2012**
 - **Übersicht über die Ergebnisse der Produkte des Budgets 01 - Soziales**
 - **Nettoaufwand im Budget 01 - Soziales**
 - **Veränderungen im Budget 01 - Soziales > 50.000 EUR**
 - **Budget 04 "Gesundheitswesen"**
 - **Absoluter und relativer Anteil der Erträge/Aufwendungen des Budgets 04 an den Erträgen/Aufwendungen des Kreishaushaltes 2012**
 - **Übersicht über die Ergebnisse der Produkte des Budgets 04 - Gesundheit**
 - **Nettoaufwand im Budget 04 - Gesundheit**
 - **Veränderungen im Budget 04 - Gesundheit**
 - **Anträge externer Verbände und Institutionen Ex 01 - Ex 04**
- Antrag 01-01 der SPD-Fraktion vom 03.02.2012**
Antrag 01-02 der SPD-Fraktion vom 03.02.2012
Antrag 01-03 der SPD-Fraktion vom 03.02.2012
Antrag 04-01 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.02.2012
Antrag 04-01 aller Fraktionen vom 08.02.2012
Vorlage: 0040/2012
-

Herr Groschke erläutert zunächst die Hintergründe der Änderungsliste.

Zum einen sei dies die Reduzierung der durchschnittlichen Anzahl der Bedarfsgemeinschaften von 8.250 auf nunmehr 8.000. Man habe sich dazu im Hinblick auf die aktuelle Zahl der Bedarfsgemeinschaften, die unter 8.000 liege, entschlossen. Diese Veränderung bedinge ihrerseits Änderungen bei den Unterkunftskosten, bei der Kostenbeteiligung der Städte und Gemeinden als auch bei den Bundeszuweisungen. Die durchschnittliche Anzahl der Bedarfsgemeinschaften in 2011 habe bei rd. 8.400 gelegen.

Zum anderen seien die Kosten für die Krankenhilfe geringer angesetzt worden. Die Krankenkassen rechnen zur Zeit die anfallenden Kosten zeitnaher ab. Dadurch könne besser kalkuliert werden. Man habe insoweit die angesetzten Kosten um 300.000 € reduziert.

Insgesamt ergebe sich durch diese Veränderungsliste eine Verbesserung um 785.000 € für das Sozialbudget.

Es wird vereinbart, - wie in den Vorjahren – die Budgets seitenweise durchzugehen, hierbei Fragen zu klären und anschließend die Änderungsanträge zu beraten.

Hinsichtlich einer Nachfrage von Frau Schulte zu den Kennzahlen der Heimaufsicht auf Seite 91, wird klargestellt, dass dort die gemeinsamen Prüfungen des Kreises Borken und des MDK aufgeführt seien und dass auch der MDK zeitliche Probleme bezüglich der durchzuführenden Prüfungen habe. Darüber hinaus sei es schon heute auf Grund des Wohn- und Teilhabegesetzes NRW (WTG) strittig, welche Einrichtungen tatsächlich geprüft werden müssten. Eine Novellierung des WTG's sei in Arbeit. Erkennbar sei dabei, dass erhebliche neue Aufgaben auf die Heimaufsicht zukommen werden.

Eine E-Mail die den aktuellen Sachstand wiedergibt, ist als Anlage 2 der Niederschrift beigelegt.

Nach Abschluss der Durchsicht der einzelnen Seiten der Budgets 01 und 04 werden die Änderungsanträge beraten.

Antrag 01-01 der SPD-Fraktion: Stellenumfang der Behindertenbeauftragten

Frau Schulte zieht für die SPD-Fraktion den Antrag zurück, behält sich jedoch vor, einen neuen Antrag im Kreistag zum Thema Inklusion zu stellen.

Antrag 01-02 der SPD-Fraktion: Telefonseelsorge

Frau Schulte begründet für die SPD-Fraktion den Antrag. Der beantragte Zuschuss soll einen symbolischen Beitrag zur Anerkennung der Leistung der Telefonseelsorge darstellen.

Frau Pohl stellt die Telefonseelsorge als niederschwelliges Angebot nicht in Frage, macht jedoch darauf aufmerksam, dass der Kreis Borken nicht nur durch die Telefonseelsorge Münster bedient werde, sondern auch durch die Telefonseelsorgen Wesel und Recklinghausen. Zudem würden die umliegenden Kreise und die Stadt Münster die Telefonseelsorge Münster ganz unterschiedlich bezuschussen. Sie formuliert insofern einen Prüfauftrag an die Verwaltung dahingehend, zu klären wie die Finanzierung der für den Kreis Borken tätig werdenden Telefonseelsorgen erfolgt und inwieweit sich die betroffenen Kreise und die Stadt Münster sowie das Bistum Münster sich beteiligen.

Vorsitzende Büscher lässt zunächst über den Antrag 01-02 der SPD-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

4	Ja-Stimmen
10	Nein-Stimmen
3	Enthaltungen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit lehnt den Antrag 01-02 der SPD-Fraktion, die Telefonseelsorge Münster mit jährlich 3.000 € zu bezuschussen, ab.

Anschließend lässt Vorsitzende Büscher über den beantragten Prüfauftrag abstimmen.

Beschluss: 13 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 4 Enthaltungen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit beauftragt die Verwaltung, zu prüfen, wie die Finanzierung der für den Kreis Borken tätig werdenden Telefonseelsorgen erfolgt und inwieweit sich die betroffenen Kreise und die Stadt Münster sowie das Bistum Münster sich beteiligen.

Antrag 01-03 der SPD-Fraktion: Verbraucherberatung

Zu dem Antrag führt Herr Dr. Hörster aus, dass die Bezuschussung der Verbraucherberatungsstelle in Gronau bereits Thema bei der Überprüfung der kommunalen Förderstrukturen gewesen sei. Hierbei sei mit Gronau besprochen worden, dass eine kommunale Förderung davon abhängig sei, dass das Klientel spezifiziert erfasst werde, die Verbraucherzentrale sich neu konzeptioniere, um eine höhere Landesförderung zu erhalten, und dass sie sich beratungsmäßig kreisweit aufstelle.

Schritt 1 habe man erfüllt. Es zeige sich jedoch, dass lediglich 30 % des Klientels aus dem übrigen Kreisgebiet stammen würden, die ihrerseits vorwiegend aus den umliegenden Gemeinden kommen würden. Damit sei es bislang eher eine gemeindliche und keine Kreisaufgabe.

Hinsichtlich des 3. Schrittes seien aktuell noch keine Maßnahmen erfolgt. Es seien vielmehr die Verbraucherberatungsstellen Düsseldorf und Dorsten (ohne Beantragung einer Kostenbeteiligung) im Kreis Borken tätig geworden.

Entsprechende Zeitungsanzeigen sowie ein Vermerk über die getroffenen Absprachen sind als Anlagen 3 und 4 der Niederschrift beigefügt.

Vorsitzende Büscher lässt über den Antrag 01-03 der SPD-Fraktion abstimmen.

Beschluss: 6 Ja-Stimmen
 8 Nein-Stimmen
 3 Enthaltungen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit lehnt den Antrag 01-01 der SPD-Fraktion, die Hälfte der städtischen Aufwendungen der Stadt Gronau an den Kosten der Verbraucherberatungsstelle in Gronau zu übernehmen, ab.

Antrag 04-01 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Festkostenzuschuss der Aids-Hilfe Westmünsterland e. V. Ahaus

Frau Pohl erklärt für die CDU-Fraktion, dass im Rahmen der Überprüfung der kommunalen Förderstrukturen sich diesbezüglich kein weiterer Förderbedarf ergeben habe. Eine Diskussion und Entscheidung über eine zusätzliche Förderung könne erst nach Vorlage eines differenzierten Tätigkeitsberichtes sowie einer Leistungs- und Vergütungsvereinbarung erfolgen. Sie beantragt, dass die Verwaltung eine dahingehende Prüfung vornimmt.

Herr Dr. Hörster merkt an, dass aus dem bereits vorliegenden Tätigkeitsbericht (Anlage 5 der Niederschrift) sich kein Bedarf für eine höhere Förderung begründen lasse.

Auf Bitte von Frau Schulte ist der Tätigkeitsbericht von „Männer stellen sich der Gewalt“ ebenfalls der Niederschrift als Anlage beigefügt (Anlage 6).

Vorsitzende Büscher lässt über den Antrag 04-01 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN abstimmen.

Beschluss: 2 Ja-Stimmen
 14 Nein-Stimmen
 1 Enthaltung

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit lehnt den Antrag 04-01 der Fraktion, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die Mittel für die Aids-Hilfe Westmünsterland e. V. um 5000 € aufzustocken, ab.

Vorsitzende Büscher lässt danach über den Antrag der Frau Pohl abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit beauftragt die Verwaltung, von der Aids-Hilfe Westmünsterland e. V. einen differenzierten Tätigkeitsbericht sowie eine Leistungs- und Vergütungsvereinbarung anzufordern. Die Aids-Hilfe Westmünsterland e. V. und die Aids-Hilfe des Kreises stellen ihre Arbeit im Ausschuss im Laufe des Jahres 2012 vor.

Antrag 04-02 aller Fraktionen: Antrag der Stiftung St.-Agnes Hospital Bocholt vom 15.12.11 auf Zuschussgewährung für die ärztliche und psychosoziale Beratungsstelle bei Misshandlung, Vernachlässigung und sexuellem Missbrauch von Kindern

Vorsitzende Büscher lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag für die ärztliche und psychosoziale Beratungsstelle bei Misshandlung, Vernachlässigung und sexuellem Missbrauch von Kindern vorsorglich einen Betrag von 16.000 € im Kreishaushalt vorzusehen. Die endgültige Bewilligung des Zuschusses soll allerdings erst dann erfolgen, wenn ein prüffähiges Konzept vorliegt und wenn es von der Verwaltung nach den Kriterien der bisherigen Überprüfung kommunaler Förderstrukturen im freiwilligen Bereich ausgewertet und beurteilt wurde und der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit auf Grundlage der Bewertung der Verwaltung der Bewilligung zustimmt.

Anschließend lässt Vorsitzende Büscher über den Beschlussentwurf der einzelnen Budgets (unter Berücksichtigung der bereits getroffenen Entscheidungen Antrag 04-02) abstimmen.

Budget 01

Beschluss:

- 11 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 6 Enthaltungen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag die Annahme des Budgets 01 „Soziales“ für das Jahr 2012.

Budget 04

Beschluss: 11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
6 Enthaltungen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag die Annahme des Budgets 04 „Gesundheitswesen“ für das Jahr 2012.

**Punkt 2: Vorstellung der Ergebnisse des Kennzahlenvergleichs SGB II
Kurzvortrag Herr Ahlte**

Berichterstatter: Herr Weitzell

Herr Weitzell stellt die positiven Ergebnisse des Kreises Borken im bundesweiten Kennzahlenvergleich vor.

Die von Herrn Weitzell gezeigten Folien sind als Anlage 7 der Niederschrift beigefügt.

**Punkt 3: Umsetzung SGB II: Budgetplanung 2012
Vorlage: 0041/2012**

Berichterstatterin: Frau Lökes

Frau Lökes fasst noch einmal den Inhalt der Sitzungsvorlage zusammen.

Auf Nachfrage von Frau Schulte werden die aktuellen Betreuungsschlüssel in der Niederschrift mitgeteilt.

Antwort: Betreuungsschlüsseln/Personal in den Jobcentern;

Fallschlüssel:	bisher	2012
• Leistungsgewährung:	1:120 Bedarfsgemeinschaften (BG's)	1:120 BG's
• Fallmanagement:	1:75 erwerbsfähige Leist.berechtigte (eLb's) ⇒ bei 45% der eLb's	1:75 eLb's ⇒ bei 60% der eLb's

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt der vorgesehenen Budgetplanung 2012 zu.

**Punkt 4: Richtlinien zur Förderung von Selbsthilfegruppen im Kreis Borken
Vorlage: 0042/2012**

Berichterstatterin: Frau Scherwinski

Frau Scherwinski erläutert kurz die Sitzungsvorlage.

Auf Bitte von Frau Schulte ist als Anlage 8 eine Liste der in 2011 geförderten Selbsthilfegruppen im Kreis Borken beigefügt.

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit stimmt den Richtlinien zur Förderung von Selbsthilfegruppen im Kreis Borken zu.

**Punkt 5: Terminplanung für die Sitzungen des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Kreises Borken für das Jahr 2012
Vorlage: 0043/2012**

Berichterstatter: Herr Groschke

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Die Terminplanung für die Sitzungen des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit für das Jahr 2012 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 6: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 6.1: Förderung der Wohnraumberatung

Herr Groschke informiert darüber, dass die Pflegekassen die Förderung der Wohnraumberatung neu einwerben würden.

Aus dem Projekt „Leben im Alter – neu denken“ würden zur Zeit mit Kreismitteln zwei Projekte zur Wohnraumberatung, und zwar in Bocholt bei LiA und in Borken beim DRK, mit 35.720 € jährlich gefördert. Eine mögliche Förderung durch die Pflegekassen würde ebenfalls 35.720 € betragen, so dass eine Gesamtfördersumme von 71.440 € zur Verfügung stünde.

Verwaltungsintern sei dieses Angebot positiv bewertet worden. Wichtig sei dabei gewesen, so Herr Groschke in weiteren Ausführungen, dass diese Förderung durch die Pflegekassen keine über das Jahr 2012 hinaus gehende Finanzbindung des Kreises bedeute und durch die höhere Fördersumme die Beratungsstellen die Möglichkeit erhielten, neue Zielgruppen anzusprechen, neue Angebote zu entwickeln. Der Kreis beabsichtige daher, einen entsprechenden Förderantrag zu stellen.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

Punkt 7: Anfragen

keine

Vorsitzende Büscher schließt die Sitzung um 19:10 Uhr.

Barbara Büscher
Vorsitzende

Jürgen Bietenbeck
Schriftführer